

Stoppt die Hetze

gegen Geflüchtete!



Geflüchtete Menschen werden derzeit bundesweit zum Angriffsziel rassistischer und rechter Hetze. Neonazis und rassistischen Plattformen fällt es zur Zeit leicht, an Vorurteile gegenüber Asylsuchenden, die es auch in der Mitte der Gesellschaft gibt, anzuknüpfen und Gehör zu finden. Dabei lassen sich fast alle Vorurteile relativ einfach widerlegen.

“Wir können nicht die ganze Welt aufnehmen” bzw. “Deutschland wird überrannt und überfremdet”

Ende 2015 waren weltweit 65,3 Millionen Menschen auf der Flucht. 2/3 aller Geflüchteten weltweit haben nicht einmal die Staatsgrenze ihres Herkunftslandes überwunden. Diejenigen, die das Herkunftsland verlassen konnten, flüchteten meist in die Nachbarstaaten der Krisenländer. (Als Beispiel kann der Libanon genannt werden. In den letzten 3 Jahren sind dort mindestens 1,2 Millionen Geflüchtete registriert worden. Zum Vergleich: Die Einwohnerzahl im Libanon beträgt ca. 5 Millionen Menschen). Das bedeutet, dass die Allerwenigsten nach Europa kommen – weil sie in der Region bleiben wollen und auf baldige Rückkehrchancen hoffen, oder weil sie keine Möglichkeit haben, es nach Europa zu schaffen. 90% aller Geflüchteten finden Schutz in Ländern mit niedrigem bis mittlerem Einkommen – außerhalb Europas. Nach Deutschland und in andere westeuropäische Staaten kommen nur eine vergleichsweise geringe Anzahl von Geflüchteten.

Von den hier angekommenen Geflüchteten werden zusätzlich viele wieder ins Herkunftsland abgeschoben (trotz der z.T. lebensbedrohlichen Situationen vor Ort. 2015 sind wieder neue Länder zu sicheren Herkunftsländern erklärt worden, wie beispielsweise Teile von Afghanistan). Seit Jahren lagen die Zahlen der Asylsuchenden in Deutschland unter dem 0,1%-Anteil der Bevölkerung. Auch in den Jahren 2014/2015 ist der Anteil nur auf 1% gestiegen. Es wird also klar, wie sehr die Aussage “Deutschland wird überrannt” an der Realität vorbei geht.

“Die Asylsuchenden nehmen uns die Arbeitsplätze weg”

Momentan können Asylsuchende frühestens 3 Monate nach Ankunft in Deutschland eine Arbeitserlaubnis erhalten. Bei der Vergabe von Arbeitsplätzen haben EU-BürgerInnen (bei gleicher Qualifikation) Vorrang. Diese Regelung gilt für Geflüchtete bis 15 Monate nach Ankunft in Deutschland. Erst danach haben Asylsuchende bei der Arbeitssuche die selben Rechte wie EU-BürgerInnen. Schon hier zeigt sich, dass es große Hürden für geflüchtete Menschen gibt überhaupt eine Arbeitsstelle zu erhalten. Seit Jahrzehnten, und auch in Jahren mit geringen Asylantragszahlen, gab und gibt es Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die Arbeitslosigkeit gibt es also unabhängig von der Zuwanderung von Asylsuchenden. Ihnen dafür die Schuld zu geben geht an der Realität vorbei. Besser ist es, die zugrunde liegenden Ursachen für Arbeitslosigkeit in den Blick zu nehmen: In unserer gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stehen alle (arbeitsfähigen) Menschen permanent in Konkurrenz um Jobs, Aufstiegschancen, Wohnraum etc. Da es im Kapitalismus beispielsweise nicht genug Jobs gibt, kommt es zwangsläufig zu GewinnerInnen und VerliererInnen. Das ist ein Prinzip des Kapitalismus, ohne das er auch nicht funktioniert kann. Wer keinen Arbeitsplatz findet, sollte also nicht anderen arbeitssuchenden Menschen die Schuld dafür geben.

“Wer soll das alles finanzieren?”

In Deutschland ist genug Wohlstand vorhanden, um die Grundversorgung und Grundbedürfnisse aller hier lebenden Menschen zu gewährleisten. Der Wohlstand ist nur ungleich verteilt: 10% der Bevölkerung in Deutschland besitzen 63% des Privatvermögens.

Aber: Sollen wir Menschenrechte überhaupt mit Geld aufwiegen? Eine Kosten-Nutzen-Rechnung in Sachen Menschenrechte ist zynisch und unmenschlich.

“Die Kommunen sind überfordert”

In den letzten Monaten und Jahren ist eine erstaunliche Untätigkeit der politischen Institutionen in Bezug auf die Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsversorgung zu beobachten – und das obwohl unabhängige Organisationen den Anstieg der Flüchtlingszahlen nach Europa und Deutschland seit langem vorausgesagt haben. Diese Überforderung der Kommunen ist, im besten Fall, eine falsche oder fehlende Vorausplanung und hätte ohne weiteres vermieden werden können.

Im schlechtesten Fall wird mit so einem Vorgehen Politik gemacht, denn mit Sicherheit führen somit entstandene Verunsicherungen und Ängste zu einem Verlust an Menschlichkeit und Freiheit – aber für alle.

“Die meisten sind nur Wirtschaftsflüchtlinge”

Niemand setzt sich leichtfertig nachts in ein marodes Boot, wissend, dass der Tod droht. Niemand setzt alles aufs Spiel, lässt alles los – Heimat, Besitz, Angehörige, vielleicht sogar Kinder – nur in der Hoffnung auf den Bezug von Sozialleistungen. Wer Asyl sucht, kämpft oft ums Überleben.

Die Fluchtgründe von Geflüchteten, die beispielsweise aus dem Balkan kommen, werden durch die Entscheidungen der Politik nicht anerkannt. Durch die Einordnung von Staaten als vermeintlich “sichere Drittstaaten” werden die individuellen, berechtigten Fluchtgründe jedes einzelnen Geflüchteten aberkannt.

“Flüchtlinge aus dem Balkan (meist Roma) haben keinen Schutzbedarf und kommen nur wegen unserer Sozialleistungen”

Roma werden in ihren Herkunftsländern massiv diskriminiert, haben fast keinen Zugang zu Wohnraum, Bildung, Arbeit und zur Gesundheitsversorgung. Roma sind immer wieder von rassistischer Gewalt betroffen. Allgemein ist die Armut in diesen Staaten weit verbreitet. Roma und andere Geflüchtete aus dem Balkan haben deshalb legitime Fluchtgründe, welche in Deutschland jedoch so gut wie nie anerkannt werden.

“Deutschland kann die Probleme in der Welt nicht alleine lösen”

Tatsächlich trägt Deutschland nicht dazu bei “Probleme in der Welt” zu lösen: Weder werden die Fluchtursachen durch die Aufnahme von Asylsuchenden beseitigt, noch können durch Bundeswehreinsätze, Entwicklungshilfe oder diplomatische Interventionen von deutscher Seite aus die “Probleme der Welt” wie Armut, Krieg oder politische Verfolgung dauerhaft gelöst werden. Vielmehr trägt Deutschland dazu bei die Fluchtursachen und globalen Ungerechtigkeiten aufrecht zu erhalten: Durch Waffenexporte, Zusammenarbeit mit diktatorischen Regimen, wirtschaftliches Nieder Konkurrieren von Wirtschaftszweigen in ärmeren Ländern (z.B. durch die Landwirtschaftssubventionen innerhalb der EU), Umweltverschmutzung und die Ausbeutung von Rohstoffen in schädigendem Maße durch die industriellen Unternehmen etc.

“Wir haben nicht genug Platz um alle Flüchtlinge unterzubringen”

Mit dem Wohlstand Deutschlands ist die Unterbringung von Geflüchteten keine Platzfrage, sondern eine Frage von Organisation und dem Willen sich darum zu kümmern. Allgemein fehlt es an bezahlbarem Wohnraum – nicht nur für Geflüchtete, sondern für alle hier Lebenden. So ist beispielsweise der soziale Wohnungsbau seit den 1990er Jahren um ca. 90% zurückgegangen. Es handelt sich somit um eine soziale Frage unabhängig von Flüchtlingszahlen und deshalb muss auch eine Antwort darauf gefunden werden ohne die Instrumentalisierung und Beschuldigung von Geflüchteten. Die Eigentumsverhältnisse sorgen dafür, dass Wohnungssuchende keinen (oder kaum bezahlbaren) Wohnraum finden, gleichzeitig aber immer noch viel bewohnbarer Wohnraum leer steht.

“Flüchtlinge sind kriminell und gefährlich”

Es gibt keine Hinweise darauf, dass Menschen nicht-deutscher Herkunft krimineller sind als die Durchschnittsbevölkerung. Für Jugendliche mit Migrationshintergrund ist das sogar wissenschaftlich widerlegt. Selbst die Polizei hat in Bremen und Berlin eigens darauf hingewiesen, dass es im Umfeld der örtlichen Asylunterkunft keine erhöhte Kriminalitätsrate gibt. Meldungen von vermeintlichen Straftaten von Geflüchteten in sozialen Netzwerken sind oft keine realen Ereignisse, sondern beruhen lediglich auf erfundenen oder übertriebenen Meldungen rassistischer und rechtsradikaler BauernfängerInnen. Eindeutig kriminell sind dagegen die tätlichen Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte.

Weitere Fakten gegen Vorurteile:
asyl.ifp-kma.de/fakten-gegen-vorurteile/

Wenn am Stammtisch oder sonst wo gegen Flüchtlinge gehetzt wird greifen Sie ein, sprechen Sie mit den Menschen in Ihrer Umgebung. Bilden Sie lokale Initiativen und unterstützen Sie die Flüchtlinge.

**Kein Mensch ist illegal!
Bleiberechte überall!!**



lbquadrat.org



anarchisches
kollektiv köln



anarchistische gruppe
neukölln